



KROATIEN

Kroatien verhandelt seit Oktober 2005 mit der Europäischen Union über einen Beitritt. Die Beitrittsverhandlungen belegen Kroatiens Fortschritte auf dem Weg zu einer stabilen rechtsstaatlichen Demokratie und einer sozialpolitisch flankierten, wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft. Die Verhandlungen begannen allerdings später als geplant, weil die kroatische Regierung nach Ansicht der EU nicht ausreichend mit dem Internationalen Tribunal zur Aufklärung der Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien kooperierte. Überdies zeigten die Verhandlungen fortbestehende Probleme im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der ökonomischen Transformation, die die politischen Akteure vor große Herausforderungen stellen. Im April 2008 lud die NATO Kroatien zum Beitritt ein und würdigte damit Kroatiens Transformationserfolge sowie die Rolle des Landes für die Stabilität in Südosteuropa.

Status Index	8,57	Rang 14
Status Politik	8,85	Rang 11
Status Wirtschaft	8,29	Rang 13
 Demokratie	 leistungsfähige Marktwirtschaft	
Management Index	6,87	Rang 9
Die dargestellten Bewertungen des BTI 2008 entsprechen dem Erhebungsstand vom Frühjahr 2007. Die Bewertungsskala reicht von 1 (niedrigster Wert) bis 10 (höchster Wert).		

Bei den Parlamentswahlen am 25.11.2007 gewann die konservative Kroatische Demokratische Gemeinschaft des Ministerpräsidenten Ivo Sanader erneut die meisten Parlamentsmandate. Obwohl die oppositionellen Sozialdemokraten deutlich an Stimmen gewannen, bildete Sanader im Januar 2008 eine neue Regierung zusammen mit der Bauernpartei, der Sozialliberalen Partei und den Vertretern der nationalen Minderheiten. Sanader war es seit dem Jahr 2000 gelungen, die Partei des verstorbenen, semi-autoritären Staatspräsidenten Franjo Tuđman in eine gemä-

ßigt rechte, christdemokratische Partei umzugestalten.

Unter dem Erwartungsdruck der EU verbesserte die kroatische Regierung den Schutz nationaler Minderheiten und verstärkte die rechtsstaatlichen Kontrollmechanismen. Es kommt jedoch noch immer zu ethnisch begründeter Diskriminierung, und die Justiz ist nicht ausreichend unabhängig, unparteiisch und an professionellen Standards ausgerichtet. Korruption ist weit verbreitet, und die öffentliche Verwaltung ist noch immer parteipolitischen Einflussnahmen ausgesetzt. Die Widerstände gegenüber der Einführung einer ausschließlich leistungsorientierten Personalpolitik sind groß.

Kroatiens wirtschaftliche Lage ist durch makroökonomische Stabilität, wachsende Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen und zunehmende Einnahmen aus dem Adriatourismus gekennzeichnet. Zu den wichtigsten Problemen gehören der hohe Schuldenstand, die hohe Arbeitslosenquote, Haushalts- und Handelsbilanzdefizite sowie der schleppende ökonomische Strukturwandel und die damit verbundene mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Industrie.

KERNASPEKTE DER POLITISCHEN TRANSFORMATION

Unabhängige Rechtsprechung

Richter werden häufig noch immer aufgrund ihrer politischen Orientierung anstelle ihrer fachlichen Eignung ausgewählt. Erst die neue Geschäftsordnung des Staatlichen Justizrates vom Februar 2007 führte ein neues Verfahren der Berufung von Richtern ein, das auch die Möglichkeit eines Prüfungsgesprächs vorsieht. Nach Meinung vieler Bürger ist das Gerichtswesen besonders anfällig für Korruption. Ökonomische Interessengruppen und andere Akteure versuchen die Urteilsfindung zu beeinflussen, und viele richterliche Entscheidungen reflektieren eine Voreingenommenheit gegenüber ethnischen Serben. Eine Änderung des Gerichtsgesetzes vom Januar

2007 verpflichtete alle Richter, Erklärungen über ihre Eigentumsverhältnisse abzugeben.

Politische Korruption

Im Dezember 2006 beschloss das Parlament ein Gesetz über die Finanzierung politischer Parteien, das unter anderem die Wahlkampffinanzierung transparenter gestalten soll und Mechanismen der Überprüfung sowie Sanktionierung einführt. Im Juli 2007 wurde das Mandat des Amtes für die Korruptionsbekämpfung auch auf Fälle von Amtsmissbrauch ausgedehnt. Nur wenige hochrangige Persönlichkeiten, die in Korruptionsskandale verwickelt waren, wurden bisher strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Schutz der Bürgerrechte

Die Arbeit des Ombudsmanns (Bürgeranwalts) wurde durch unzureichende Finanzmittel und zu wenig Personal beeinträchtigt. Kriegsverbrechen gegen ethnische Serben blieben in den meisten Fällen ohne Bestrafung. Die Verfolgung von kroatischen Kriegsverbrechen wurde häufig durch Polizei und Staatsanwaltschaft verschleppt und scheiterte am mangelnden Schutz von Zeugen. Der Schutz gegen Diskriminierung entspricht nicht den europäischen Standards; vor allem die serbische ethnische Minderheit und die Roma sind von Diskriminierungen betroffen. Serbenfeindliche Einstellungen verhindern in einigen Orten die Rückkehr ethnisch serbischer Flüchtlinge.

KERNASPEKTE DER WIRTSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION

Makroökonomische Stabilität

Triebkraft des starken Wirtschaftswachstums war die Inlandsnachfrage, die sich jedoch primär auf Konsumgüter statt auf Investitionsgüter richtete. Das Leistungsbilanzdefizit vergrößerte sich im ersten Halbjahr 2007 aufgrund des starken Importwachstums Kroatiens Auslandsschulden belaufen sich auf 83 Prozent des für 2007 erwarteten Bruttoinlandsproduktes, aber die Regierung

konnte das weitere Schuldenwachstum inzwischen verlangsamen. Die kroatische Zentralbank ist institutionell unabhängig und verfolgt eine flexible Wechselkurspolitik. Die Inflationsrate sank zwischen 2005 und 2007 leicht auf 2,6 Prozent im August 2007.

Wirtschaftsleistung

Das Bruttoinlandsprodukt erreichte im Jahr 2005 6986 Euro pro Kopf. Die Beschäftigung wuchs im Jahr 2006 stärker als zuvor, dennoch liegt die Arbeitslosenquote noch immer deutlich über zehn Prozent, und der Anteil der Langzeitarbeitslosen hat zugenommen. Etwa zwei Drittel der kroatischen Wirtschaft wurden inzwischen privatisiert. Wichtige Branchen wie der Schiffbau, die Stahl- und Aluminiumindustrie sowie die Eisenbahn hängen noch immer von staatlichen Subventionen ab.

Bildung, Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2005 betragen die Bildungsausgaben 4,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Der Anteil der Hochschulabsolventen liegt unter dem EU-Durchschnitt. Das Bildungs- und Wissenschaftsministerium versucht seit 2004, im Ausland tätige Wissenschaftler zu einer Rückkehr oder zu gemeinsamen Projekten mit kroatischen Forschungsinstituten zu bewegen. Eine weitere Regierungsinitiative versucht die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren.

KERNASPEKTE DER REGIERUNGSQUALITÄT

Ressourceneffizienz

Im Januar 2006 trat ein neues Beamtengesetz in Kraft, das die parteipolitisch motivierte Einstellung und Beförderung von Beamten unterbinden soll, Regeln für den Umgang mit Konflikten zwischen privaten und dienstlichen Interessen festlegt und die Zahl der „politischen Beamten“ verringern soll. Nach langen Diskussionen verabschiedete die Regierung ein Programm zum

Abbau der staatlichen Bürokratie und zur Verbesserung der Gesetzesqualität.

Mehr Informationen zum aktuellen Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung unter www.bertelsmann-transformation-index.de.

Versöhnung

Eine Auseinandersetzung mit kroatischen Kriegsverbrechen erfolgte bisher nur teilweise und halbherzig. So verurteilte das Bezirksgericht von Split zwar alle acht angeklagten kroatischen Militärpolizisten für Verbrechen an serbischen Kriegsgefangenen, gewährte ihnen aber mildernde Umstände aufgrund ihrer aktiven Beteiligung am Krieg. Eine breite gesellschaftliche Protestbewegung versuchte vergeblich zu verhindern, dass der als Kriegsverbrecher angeklagte ehemalige kroatische Armeegeneral Ante Gotovina wie vom Haager Jugoslawien-Tribunal verlangt festgenommen und ausgeliefert wurde.

Nachbarschaftspolitik

Während Kroatien die Beziehungen zu den meisten südosteuropäischen Nachbarstaaten verbessern konnte, dauerten die Spannungen im kroatisch-slowenischen Verhältnis an. Zum 1.1.2008 führte Kroatien unter Berufung auf die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen eine bis zur Mittellinie der Adria reichende Schutzzone für Umweltschutz und Fischerei ein. Diese Zone untersagt unter anderem Slowenien und Italien den Fischfang, ohne dass zuvor eine Abstimmung mit beiden Ländern herbeigeführt worden wäre. Die betroffenen Länder und die EU kritisierten diese Aktion als Protektionismus. Daraufhin setzte das kroatische Parlament das Schutzzonen-Gesetz im März zunächst außer Kraft, um eine Vereinbarung mit den Nachbarstaaten auszuhandeln.

Das ausführliche englischsprachige Ländergutachten des BTI 2008 finden Sie unter www.bertelsmann-transformation-index.de/170.0.html.